

Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis im Hinblick auf vorgelagerte „andere Hilfen“

Zentrale Ergebnisse der rechtstatsächlichen Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis im Hinblick auf vorgelagerte „andere Hilfen“

Zentrale Ergebnisse der rechtstatsächlichen
Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz

Hans-Dieter Nolting
Karsten Zich
Thorsten Tisch
Grit Braeseke

Berlin, 25. Oktober 2017

Autoren

Dr. Grit Braeseke
Hans-Dieter Nolting
Thorsten Tisch
Karsten Zich
IGES Institut GmbH
Friedrichstraße 180
10117 Berlin
